

Kaum zu kontrollieren

Zu: „Die dehnbare Vokabel Fortschritt“, FR-Politik vom 23. Oktober

Zu oft legt der Wahlbürger sein Schicksal in die Hände unbedarfter Politiker, welche nicht in Kenntnis und Kraft sind, auch nur die einfachsten Aufgaben zu erledigen. So der Berliner Senat mit all seinen Verzweigungen bei den kostspieligsten und an die Lebensqualität der Menschen gehenden Pannen. Nachweislich haben die beiden letzten Regierenden Bürgermeister mit ihrem Senat so viel Schaden verursacht, dass es die Bürger grauen müsste. Stattdessen aber entschieden sie sich für das nächstgrößere Risiko. Wie in vielen Städten wird mit zeitmodischen Schlaglichtern per übertriebenen Fahrradspuren, überforderten Servicestellen/Digi-Ansagen, Fremddienstleistern von Müllentsorgung bis Finanzanlageberatung und Baugigantomanie versucht, dem Stimmbürger tolle Arbeit vorzuzeigen. Während der Sozialetat auf 1,2 Billionen angewachsen ist, klagt Deutschland mit Handwerkskammern über Fachkräftemangel, bei 400 000 Studierenden jährlich! So viele Start-Ups können wir nicht verkraften! Die Mittel für alle unbekanntenen Organisationen, Institute oder Arbeitsgruppen werden kaum zu kontrollieren sein.

Auch wahr: An unserer Grundschule haben die Eltern bei Mauerarbeiten ehrenamtlich mitgeholfen. Danke für die sozial-gerechte Planung in Magistrat, Senat und Ministerien unserer „Volksvertreter“! Walter Schinski, Buseck



Golddruten auf den Trümmern

„Im Ostend wucherten früher die Golddruten auf den Trümmern“, schreibt mir Claus Metz aus Bad Vilbel. „Und jetzt ungefragt in unserem Garten in Dortelweil-West. Wer hätte gedacht, dass dieses

schäbige Unkraut einen Wildwespen-Golddrausch auslöst?“ Es ist wohl keine Wespe, sondern eine Biene, die sich hier delectiert. Aber die Frage ist erlaubt: Was ist ein „Unkraut“? CLAUS METZ

Was ist Wohlstand?

Zu: „Was hält die Gesellschaft noch zusammen?“, FR-Feuilleton vom 30.10.

Den ach so positiven Beitrag von Prof. Höffe kann ich so nicht stehen lassen. Schon die Bemerkung, dass sich moderne Gemeinschaften eines nicht nur wirtschaftlichen Wohlstands erfreuen, trifft nicht für die Mehrheit der Bürger zu, sondern allenfalls – und das auch nur partiell – für eine Gruppe, die wir oft als Groß- und Kleinbürger bezeichnen. Denn dank der digitalen Konzerngiganten treffen sich Menschen nur noch in den dort geschaffenen digitalen Gemeinschaften. Die Folgen hat schon der wohl bedeutendste Sozialphilosoph des letzten Jahrhunderts, Erich Fromm (Wege aus einer kranken Gesellschaft, 1955, S.15) vorausgesehen: „Heute begegnen wir einem Menschen, der wie ein Automat handelt und fühlt, der niemals erlebt, was wirklich zu ihm gehört, der sich ganz als die Person erlebt, die er seiner Ansicht nach sein sollte, dessen künstliches Lächeln an die Stelle eines echten Lachens getreten ist ...“

Den von Höffe beschriebenen emotionalen Wohlstand gibt es natürlich, und das auch außerhalb des Bürgertums. Doch er ist auch bei ihm zu eng verbunden mit dem materiellen Wohlstand (wann liegt der wohl vor?). Von der von Fromm für uns gewünschten „seelischen Gesundheit“ ist er jedenfalls weit entfernt.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Der Wert des Lebens

Tod einer Schwangeren in Polen: „Dieser Tod ist eine Anklage“, FR-Politik v. 4.11.

Das christliche Wertesystem, auf das sich die polnische Regierung beruft, ist menschen- und frauenfeindlich. Es hat mich sehr berührt, diesen Artikel zu lesen. Wie kann man das „Leben“ eines nicht lebensfähigen Embryos über das Leben einer gesunden Frau stellen? Welches Bild über das Leben und dessen Wert wird hier gezeichnet? Ist das Leben einer Frau so wenig schützenswert? Ist dies der Weg, den Polen gehen will?

Es ist nichts anderes als der Versuch, dem Leben den eigenen Willen aufzuzwingen, die eigene Unmenschlichkeit und Grausamkeit hinter Gesetzen und einer böswilligen Karikatur christlicher Werte zu verstecken. Hoffentlich gibt es eine Hölle für diese Menschen!

Anna Hartl, Frankfurt

Woher soll das Geld für die nötigen Reformen kommen?

Koalitionsverhandlungen: „Nachhilfe für die Ampel“ und „Der deutsche Patient“, FR-Wirtschaft vom 2. November und -Meinung vom 28. Oktober

Der Wille des Wahlvolks wird konterkariert

Sehr besorgt bin ich angesichts der Koalitionsverhandlungen. Die FDP, eigentlich die kleinste Fraktion, hat schon zu Beginn „rote Linien“ gezogen, die den Aktionsraum einer künftigen Politik massiv einschränken. Vermutlich hat Herr Lindner gleich unterschwellig wissen lassen, dass er inzwischen Erfahrung mit dem Platzenlassen von Koalitionsverhandlungen hat, natürlich ohne das zu sagen. Wenn von vorneherein Steuererhöhungen beim immer reicher werden den kleinen Teil der Bevölkerung ausgeschlossen werden, woher soll das Geld für Reformen und notwendige Veränderungen wegen des Klimawandels kommen?

Dazu soll noch die Schulden-grenze beibehalten werden. Wie ich Herrn Lindner verstanden habe, sollen Ausgaben „überprüft“ werden! Das wird wieder bedeuten, dass im Sozialbereich und bei der Bildung gekürzt wird, weil die Betroffenen das sich nicht laut genug wehren, es oft auch zu spät bemerken. Das Geld soll wieder da geholt werden, wo sowieso zu wenig ist und Investitionen fehlen. Dass die angekündigten Luftreinigungsgeräte für Schulen immer noch nicht ausreichend verfügbar sind, ist sicher kein Zufall. Dass der Blei-

fuß auf der Autobahn erlaubt bleiben muss, ist auch ein sehr schlechtes Zeichen.

Die Wiederentdeckung des Sozialen bei der SPD bedarf noch einer belastbaren Bestätigung. Im Wahlkampf kann man viel reden. Auch die Grünen haben zu viel schwarze Vergangenheit. Ich muss gestehen, ich bin darüber sehr wütend, wie der Wählerwillen konterkariert wird.

Ursula Samman, Frankfurt

Eine Mehrheit für die einfachen Menschen

„Lasst, die Ihr eintretet, alle Hoffnung fahren!“ So steht es nach Dantes „Göttlicher Komödie“ über dem Tor zur Hölle. So dramatisch muss man sich den Eintritt in eine Ampel-Koalition vielleicht nicht vorstellen. Dennoch: Viel Hoffnung bleibt einem ja angesichts der bekannt gewordenen Vereinbarungen in den Sondierungsgesprächen nicht. Schon hat man ohne Not Tempo 130 weggewischt, auch andere Möglichkeiten zur schnellen CO₂-Reduzierung im Straßenverkehr wie Kfz-Besteuerung nach Größe, Gewicht und Leistung kommen gar nicht erst auf den Tisch. Solche Lösungen werden nicht nur von der FDP verhindert.

Während Herbert Wehner noch klagte, dass der Bundestag mal voller und mal leerer, aber

immer voller Lehrer sei, wimmelt es dort heute von Juristen und BWLern. Von diesem Personenkreis Erlösung zu erhoffen, ist allerdings fahrlässig. Wie wäre es, wenn mal wieder die normalen, einfachen Bürger/innen im Parlament die Mehrheit hätten statt der sogenannten Eliten? Ein deutsches Gedicht dürften sie natürlich auch auswendig können.

Mal sehen, was unsere saarländischen Unterhändler Rehlinger (Juristin) und Luksic (Unternehmensberater) für den Bereich Verkehr aushandeln und ob sie uns gar Lügen strafen.

Rainer Anton, Beckingen

Christian Lindner und die roten Linien

Tobias Peter will, weil FDP-Lindner zwei rote Linien durchgesetzt hat – keine Steuererhöhungen, strikte Beachtung der Schuldenbremse –, diesem auch noch das Finanzministerium anvertrauen. Dass Lindner dann, um notwendige öffentliche Investitionen doch zu ermöglichen, seine heiligen roten Linien ein bisschen vergisst, wird aber nicht eintreten. Seine Partei hat einen von ihr selbst und von ihrer Klientel nicht gewollten Lagerwechsel vollzogen und wird alles tun, um aus dem neuen Lager heraus dessen politischen Erfolg zu sabotieren und den Interessen ihrer

Auftraggeber noch besser zu dienen als durch bloßes Draußenbleiben. Mit dem Finanzministerium hätte Lindner die uneingeschränkte finanzpolitische Interpretationshoheit gewonnen und wird spätestens beim mittel- bis längerfristigen Ausbleiben des nötigen finanzpolitischen Spielraums, vielleicht aber auch schon früher, Einsparforderungen stellen: Einschnitte bei den Sozialausgaben, Zusammenlegung des Entwicklungsministeriums mit dem Auswärtigen Amt.

Die US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz (Nobelpreisträger) und Adam Tooze raten übrigens dringend davon ab, das Finanzministerium in Lindners Hände zu geben; sie empfehlen Robert Habeck als Minister und Sven Giegold als Staatssekretär – auch deshalb, weil „eine ernsthafte Klimapolitik unmöglich ist, ohne das Finanzministerium zu kontrollieren“ („Zeit“ vom 28.10.). Habeck ist, ganz nebenbei gesagt, kein Freund uferloser Staatsverschuldung. Unterlassene notwendige öffentliche Investitionen – auch solche zur Verhinderung weiterer Klimaerwärmung – sind in seinen Augen ein Stück Staatsverschuldung, während Lindner der genau gegenteiligen Interpretation zuneigt.

Jürgen Kasiske, Hamburg

Diskussion: frblog.de/koalition-2021

SORRY

Die Gedichtzeile „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ wird immer wieder Heinrich Heine zugeschrieben. So auch in unserem Text „Abschied einer Freundin“ (3.11., S.6). Sie stammt jedoch von Hermann Hesse.